

Bericht über die Sitzung 3/2017 des Hauptausschusses am 13. Dezember 2017 in Bonn

THOMAS VOLLMER

Dr., fachlicher Leiter Büro Hauptausschuss
im BIBB

Die letzte Hauptausschusssitzung im Jahr 2017 fand unter Leitung von DR. HANS-JÜRGEN METTERNICH, Beauftragter der Arbeitgeber, statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren die BIBB-Strategie 2025, die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt, die Integration geflüchteter Menschen sowie die Reform des Pflegeberufgesetzes. Weiterhin wurde das Jährliche Forschungsprogramm 2018 verabschiedet und die Hauptausschussarbeitsgruppe »Durchlässigkeit« mit der Aufnahme ihrer Tätigkeit beauftragt.

BIBB-Strategie 2025

Der Präsident des BIBB, PROF. DR. FRIEDRICH HUBERT ESSER, stellte dem Hauptausschuss Ergebnisse und Ziele der BIBB-Strategie 2025 vor. Diese stehe auf einer breiten Grundlage: Einbezogen wurden das Evaluationsgutachten des Wissenschaftsrats, der Wissenschaftliche Beirat des BIBB, ein Leitlinienpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sowie die Meinung interviewter Vertreter/-innen der einzelnen Bänke. Ebenfalls wurden durch interne Workshops alle Mitarbeiter/-innen an dem Strategieprozess beteiligt. Die strategische Neuausrichtung setze sich das ehrgeizige Ziel, den Ausbau zu einem Exzellenzzentrum für qualitativ hochwertige Berufsbildungsforschung und Ordnungsarbeit voranzutreiben. Ebenfalls gelte es, passgenaue Lösungen für die Berufsbildungspraxis und für die einschlägigen Dienstleistungen zur Stärkung der beruflichen Bildung weiterzuentwickeln. Vonnöten sei hierfür ein schlagkräftiges Programmmanagement, die weitere Internationalisierung der beruflichen Bildung in Deutschland sowie die Förderung digitaler Arbeitsprozesse im BIBB unter dem Vorzeichen Wirtschaft 4.0. Die Bänke des Hauptausschusses begrüßten das Kick-off zur BIBB-Strategie 2025 und erklärten, die Diskussion fortführen und konstruktiv begleiten zu wollen. Das BIBB neh-

me eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung der dualen Berufsbildung in Deutschland ein und müsse exzellent aufgestellt sein, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können.

Aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Insgesamt zeigt sich die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt stabil. Einerseits sei ein Anstieg der Anzahl an neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträgen zu verzeichnen, andererseits sei es für Unternehmen nach wie vor schwierig, passende Bewerber/-innen zu rekrutieren. Die Leiterin der Abteilung »Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Berufsbildung«, PROF. DR. ELISABETH M. KREKEL, führte die Lage am Ausbildungsstellenmarkt auf Basis aktueller Daten im Einzelnen aus. Dabei zeigte sie insbesondere auf, dass sich Passungsprobleme weiter verfestigen und von einer Zunahme an erfolglosen betrieblichen Marktteilnehmenden auszugehen sei. Insbesondere wolle sie an dieser Stelle auf den weiteren Rückgang an Vertragsabschlüssen mit Frauen hinweisen. Die Bänke diskutierten im Weiteren, wie die dargestellten Entwicklungen im Rahmen einer Gesamtbetrachtung des Bildungssystems – etwa hinsichtlich des Verhältnisses der dualen Berufsausbildung zum Hochschulsektor oder den Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen – einzuschätzen seien. Aktuelle Zahlen und weitergehende Analysen zum Ausbildungsmarkt finden sich unter www.bibb.de/naa309.*

Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung

Einleitend wurde die aktuelle Datenlage zu geflüchteten Menschen am Ausbildungsmarkt dargestellt. Im Anschluss einigten sich die Vertreter/-innen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder des Hauptausschusses auf eine gemeinsame Position zum Instrument der »Ausbildungsduldung«. Das Positionspapier plädiert dafür,

dass »die Ausbildungsduldung und die weiteren dort normierten Duldungsregelungen bundeslandübergreifend einheitlich angewandt werden. Zudem sollten weitergehende Maßnahmen gewährleisten, dass abgelehnte, aber ausbildungswillige Geflüchtete und Betriebe schon frühzeitig, das heißt vor dem Zeitpunkt des tatsächlichen Ausbildungsbeginns, Planungssicherheit erhalten. Berufsvorbereitende Maßnahmen wie Einstiegsqualifizierungen (EQ) sollten für die Dauer der Maßnahme vom Abschiebeschutz umfasst werden. Dies gelte unabhängig davon, ob bereits ein Ausbildungsvertrag für eine anschließende qualifizierte Berufsausbildung geschlossen sei und der Nachweis einer positiven Rechtsprüfung durch die zuständige Stelle geführt wurde« (vgl. BIBB-Pressemitteilung vom 19.12.2017, die Position im vollen Wortlaut steht zum Download unter www.bibb.de/de/newsletter/media/HA-Sitzung_13122017.pdf bereit).^{*} Alle Bänke betonen abschließend, dass das Thema »Integration geflüchteter Menschen« aufgrund seiner nachhaltigen Relevanz im Hauptausschuss weiterhin regelmäßig als Tagesordnungspunkt aufgerufen werden soll.

Pflegeberufegesetz

DR. MONIKA HACKEL, Leiterin der Abteilung »Struktur und Ordnung der Berufsbildung/Stabsstelle: Berufliche Bildung behinderter Menschen« informiert über den jüngsten Sachstand zum Gesetz zur Reform der Pflegeberufe vom 17.07.2017. Mit diesem Gesetz werde der neue Berufsabschluss »Pflegefachmann/-fachfrau« eingeführt, der eine generalistische Ausbildung für alle pflegenden Tätigkeiten vorsieht; die Einführung sei für das Jahr 2020 geplant. Weiter soll es möglich sein, im letzten Ausbildungsjahr im Bereich der Kinderkrankenpflege und der Altenpflege Schwerpunkte zu wählen. Ebenso ist die Einführung eines generalistisch ausgerichteten primär-qualifizierenden Pflegestudiums auf Bachelor-Niveau geplant. Dem BIBB werden gemäß §§ 53 und 54 des Gesetzes erstmals Aufgaben im Rahmen der Pflegeausbildung übertragen. Unter anderem werde eine Fachkommission und eine unterstützende BIBB-Geschäftsstelle eingerichtet, die der ehrenamtlich tätigen Fachkommission auf wissenschaftlicher Grundlage inhaltlich zuarbeitet. Weitere Aufgaben für das BIBB sind Beratungs- oder Forschungsleistungen im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DR. MONIKA HACKEL zeigte Unterschiede zur Ordnungsarbeit nach BBiG/HwO in Bezug auf die gesetzlichen Grundlagen, Erarbeitung der Ordnungsmittel, Besetzung von Gremien und Einbezug der Sozialpartner auf.

Weitere Themen

Der Hauptausschuss stimmte zwei neuen Ausbildungsordnungen in den Berufen »Steinmetz und Steinbildhauer/Steinmetzin und Steinbildhauerin« und »Flachglastechnologe/Flachglastechnologin« sowie der ersten »Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik« zu. Beschlossen wurde darüber hinaus das Jährliche Forschungsprogramm 2018, das vom neuen Forschungsdirektor, PROF. DR. HUBERT ERTL, vorgestellt wurde. Es umfasst Projekte zu folgenden Themen:

- »Chancen und Risiken des technologischen Wandels für die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung«
- »Planung und Gestaltung von Ausbildung im Kontext des Lernens im Prozess der Arbeit«
- »Berufliche Tätigkeiten und Anforderungen im internationalen Vergleich – Analysen nationaler und internationaler Datensätze«
- »Open Access in der Berufsbildungsforschung«

Ebenfalls berichteten die Arbeitsgruppen des Hauptausschusses über den aktuellen Stand der Arbeiten. Dabei bestätigte der Hauptausschuss den Auftrag an die Arbeitsgruppe zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR), einen Vorschlag zur nachhaltigen Ausgestaltung des Deutschen Qualifikationsrahmens zu erarbeiten. Überdies haben die Arbeitsgruppen zur Allgemeinen Qualifizierung Erwachsener (AQE) und zum dualen Studium ihre Arbeitsaufträge abgeschlossen und entsprechenden Bericht erstattet. Der Hauptausschuss beschloss, dass 2018 eine neue Arbeitsgruppe ihre Arbeit zum Thema »Durchlässigkeit« aufnehmen solle.

Schließlich stimmte der Hauptausschuss der Haushalts- und Vermögensrechnung des BIBB und damit auch der Entlastung des Präsidenten für das Jahr 2015 zu.

Für das Jahr 2018 wurden als Vorsitzende ELKE HANNACK, Beauftragte der Arbeitnehmer, und als stellvertretender Vorsitzender UDO PHILIPPUS, Beauftragter der Länder, einstimmig gewählt. ◀

^{*} Stand jeweils 21.12.2017